

Kabinettsprotokoll Nr. 209
vom 3. August 1920

Anwesend:

Sämtliche Kabinettsmitglieder, ausgenommen die Staatssekretäre Dr. D e u t s c h Dr.
E l l e n b o g e n und Dr. R e i s c h; ferner die Unterstaatssekretäre G l ö c k e l und
M i k l a s.

Zugezogen:

vom Staatsamt für Finanzen: Sektionschef Dr. G r i m m,
„ „ Heerwesen: Sektionschef Dr. K r a l o w s k y.

Vorsitz:

Staatssekretär Dr. M a y r.

Dauer:

20.30 – 22.30

*Reinschrift (4 Seiten), Konzept, stenographische Mitschrift, Entwurf der TO
Geheimer Anhang zum KRP Nr. 209 über eine Besprechung der außen- und innenpolitischen
Lage (8 Seiten)*

Inhalt:

1. Anfrage der Reparationskommission in Angelegenheit des Verkaufes der Aktien der
Süddeutschen Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft und eines Schwimmdocks in
Holland.
2. Vollzugsanweisung zur Wahlordnung.
3. Verhandlungen in Grenzfragen mit Jugoslawien.

Beilagen:

Beilage zum geheimen Anhang betr. zwei Berichte über den großen Waffendiebstahl am 30.
Juli 1920 in Fürstenfeld (12 Seiten, maschinschriftlicher Durchschlag)

1.

Anfrage der Reparationskommission in Angelegenheit des Verkaufes der Aktien der Süddeutschen Donau-Dampfschiffahrts- Gesellschaft und eines Schwimmdocks in Holland.

Der V o r s i t z e n d e teilt mit, dass von der Reparationskommission eine Anfrage eingelaufen sei, in welcher, gestützt auf Zeitungsnachrichten, nähere Aufschlüsse über den Verkauf der Aktien der Süddeutschen Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft und eines im Jahre 1914 im Auftrage der österreichischen Regierung in Holland gebauten Schwimmdocks verlangt werden. Redner erbitte die Stellungnahme des Kabinettes, ob und in welchem Sinne diese Anfrage zu beantworten wäre.

Staatssekretär H e i n l berichtet, dass der Abverkauf des Schwimmdocks in Holland an eine dortige Gesellschaft um den Betrag von 4 Millionen holländischer Gulden erfolgt und bereits durchgeführt sei. Vom Standpunkt seines Ressorts würde es keinem Anstand unterliegen, der Reparationskommission volle Klarheit über diese Transaktion zu bieten.

Staatssekretär Dr. R e n n e r weist hinsichtlich des Verkaufes der Aktien der Süddeutschen Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft an eine englische Finanzgruppe auf die Verhandlungen des Kabinettsrates in der Sitzung vom 16. Juni l. J. hin. Er bemerkt, dass die Anfrage der Reparationskommission aller Wahrscheinlichkeit nach durch eine Beschwerde der tschechoslovakischen Regierung veranlasst sei und seiner Meinung nach kein Grund vorliege, mit der Antwort an die Reparationskommission in dieser Angelegenheit zurückzuhalten.

Die Reparationskommission beschäftige sich mit Studien über die Wirtschafts-, Ernährungs- und Finanzlage Österreichs sowie mit dem Problem der Aufrichtung eines neuen Banksystems, woraus sich vielfache Gelegenheit zu Anfragen an die österreichische Regierung ergeben dürfte. Auch in diesen späteren Fällen sollte nach Ansicht Redners der Reparationskommission stets voller Aufschluss geboten werden.

Auf Grund dieses Ergebnisses der Debatte ersucht der V o r s i t z e n d e die Staatssekretäre für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten und für Finanzen die vorliegende Anfrage der Reparationskommission im gegenseitigen Einvernehmen zu erledigen.

2.

Vollzugsanweisung zur Wahlordnung.

Der V o r s i t z e n d e setzt den Kabinettsrat in Kenntnis, dass der Präsident der Nationalversammlung die Anregung auf Einberufung einer neuerlichen Sitzung des

Hauptausschusses zwecks Reassumierung dessen Beschlusses vom 26. Juli l. J. in Angelegenheit des Wahlrechtes jener Personen, denen der Staatsvertrag von St. Germain die Staatsbürgerschaft aberkennt, dahin beantwortet habe, dass der Hauptausschuss diese Frage in seiner übergroßen Mehrheit bereits entschieden habe und daher kein Anlass vorliege, die Frage neuerlich zum Gegenstand der Beschlussfassung des Hauptausschusses zu machen. Nach dem Wunsch des Präsidenten wäre vielmehr die Vollzugsanweisung zur Wahlordnung mit den vom Hauptausschuss beschlossenen Bestimmungen zu verlautbaren.

Der V o r s i t z e n d e stellt fest, dass die Verlautbarung der Vollzugsanweisung bereits erfolgt sei, woraus der Kabinettsrat das Schreiben des Präsidenten der Nationalversammlung zur Kenntnis nimmt.

3.

Verhandlungen in Grenzfragen mit Jugoslawien.

Staatssekretär B r e i s k y bringt vor, dass der Vorstand des Länderzentralbureaus in Graz Hofrat Dr. G l a n z darauf aufmerksam gemacht habe, dass gegenwärtig ohne sein Wissen verkehrs- und zollpolitische Verhandlungen von Vertretern des Staatsamtes für Verkehrswesen, mit der jugoslawischen Regierung stattfinden, bei welchen auch das Durchzugsrecht Jugoslawiens auf der Strecke Radkersburg und Spielfeld berührt werden solle. Diese Übergehung des Vorstandes des Länderzentralbureaus schließe die Gefahr in sich, dass gelegentlich solcher selbständiger Verhandlungen gewichtige Interessen, die als Kompensationsobjekte in Aussicht genommen sind, wie im vorliegenden Falle das Durchzugsrecht Jugoslawiens auf der Strecke Radkersburg Spielfeld für die Abtretung des Abstaller Beckens, ohne Gegenleistung aus der Hand gegeben werden. Zur Vermeidung einer Schädigung Österreichs aus einer derartigen Vorgangsweise erbitte der sprechende Staatssekretär die Vorsorge, dass seitens keines Staatsamtes Verhandlungen mit Jugoslawien geführt werden, ohne vorher mit dem Vorstand des Länderzentralbureaus in Graz das Einvernehmen gepflogen und sich im Falle von Rückwirkungen, auf Grenzfragen seiner Mitwirkung vergewissert zu haben.

Der Kabinettsrat ladet sämtliche Staatsämter ein, bei allen Verhandlungen mit der jugoslawischen Regierung im Sinne der Anregung des Staatssekretärs für Inneres und Unterricht vorzugehen.

Kabinettsprotokoll Nr. 209 vom 3. August 1920

Mayr: Ich habe eine Sitzung einberufen über Wunsch Deutschs, welcher geäußert hat, es wäre gut eine Besprechung der augenblicklichen Vorfälle. Gegenstand der gestrigen Sitzung ist kein Anderer als der Wunsch Deutschs, wir möchten uns zu einer Aussprache zusammenfinden ohne eine formale Sitzung abzuhalten über die gegenwärtige äußere und innere Lage.

Mitteilung:

Die Reparationskommission hat ein Schreiben an mich gerichtet, das eine Anfrage beinhaltet unter Beilage 3 der Nummer der Neuen Freien Presse, dass es richtig sei, dass die österreichische Regierung die Aktien der Süddeutschen Donaudampfschiffahrtsgesellschaft verkauft hat an eine internationale Finanzgruppe und ob es richtig sei, dass die österreichische Regierung ein Dock, das im Jahr 1914 gebaut wurde, verkauft hat an eine holländische Gesellschaft. Sie wünschen Auskunft ob es sich bewahrheitet, wer der Käufer ist und zu welchen Bedingungen der Kauf erfolgt ist. Ich lege das vor und glaube, dass wir die Anfrage beantworten, wenn nicht ein gegenteiliger Beschluss des Kabinettsrats erfolgt.

Heinl: Über das Schwimmdock kann ich Aufklärung geben. Es ist richtig, dass an ein holländisches Konsortium um 4 Mil. holländische Gulden das Dock verkauft wurde. Der Kauf ist vollkommen privat und es ist nichts einzuwenden, das der Reparationskommission mitzuteilen. Ich bitte aber auf die Presse einzuwirken, dass derartige Mitteilungen nicht in der Öffentlichkeit herumgezerrt werden um Anlass zu Anfragen zu geben.

Renner: die Reparationskommission gibt sich Studien hin. Sie will festsetzen ein Programm wie uns geholfen werden soll. Da will sie festsetzen das, was die Ernährungslage betrifft, die eigene Erzeugung und Einfuhr, was durch Ausfuhr sicher gedeckt werden kann. Dann die Finanzlage, was wir einnehmen und einnehmen könnten und welche Vermehrung eintreten könnte, dann Kontrolle über Verminderung der Auslagen. Die besonderen Studien betrifft die Art und Weise, wie durch Begründung einer besonderen Bank unser Kreditsystem geheilt werden könnte. Diese Studien bringen sie in Verbindung mit unserer ganzen Finanzgebarung und Wirtschaftsgebarung und es ist wahrscheinlich, dass zahlreiche Anfragen an uns kommen werden, welche wir beantworten sollten nach meiner Meinung. Zu einer zweiten Gruppe von Fragen werden die gehören, was irgendein Nationalstaat zu beklagen hat oder zu ändern wünscht. Es ist anzunehmen, dass diese Fragen angeregt wurden vom tschechischen Vertreter, denn die Tschechen interessieren sich an Donaudampfschiffahrt. Sie wollen durch Gesetz die Donau von Pressburg bis Komorn erste Donaumacht zu werden und sie verlangen, dass das rote Österreich gesamtstaatlich Besitz wird der Süddeutschen Donaudampfschiffahrtsgesellschaft, das im Portefeuille des alten Finanzministeriums war, aufgeteilt und den Tschechen zur Verfügung gestellt wird. Wir konnten diesem Plan nur durch den raschen Abverkauf begegnen. Das ändert daran nichts, dass die Reparationskommission mancherlei Bedingungen machen kann an schon abgeschlossenem Geschäft, aber es wird nur nichts nützen. Die Engländer werden es nicht weggeben und sie wollen es mit der Reparationskommission ausmachen. Die Frage soll meiner Meinung nach offen beantwortet werden, nur müssen die beteiligten Staatsämter zusammen wirken.

Mayr: Ich werde diese Anfrage den beteiligten Staatsämtern, Handel und Finanz, übermitteln. Es besteht kein Hindernis offiziell Mitteilung zu machen, was geschehen ist.

2. Mayr: Abänderung der Vollzugsanweisung über die Neuwahlen. Präsident hat geschrieben, dass sich auf den Standpunkt stellt, dass der Hauptausschuss in seiner übergroßen Mehrheit bereits gesprochen hat und daher eine weitere Sitzung in der Frage der Staatsbürgerschaft nicht einberufen wird. Er ersucht um rasche Publizierung der Vollzugsanweisung.

3. Renner: Staatssekretär Deutsch ist heute abends durch eine dienstliche Verpflichtung am Kommen verhindert. Er hat mich gebeten Oberst Körner einzuführen. Wir haben von Ungarn teils durch Gesandtschaft teils aus anderen zahllosen Quellen seit geraumer Zeit Nachrichten, welche uns sehr beunruhigen. Diese Nachrichten gehen dahin, die ungarische Regierung habe mit der französischen Regierung zunächst, dann aber in einem nicht näher abgesteckten Umfang mit der Entente überhaupt, eine Vereinbarung getroffen, einen formellen Vertrag geschlossen, angeblich in Gödöllö, der die ganze Basis der Politik von St. Germain und Neuilly in Frage stellen würde. Es handelt sich um 3 Verträge, ökonomisch, politisch und Nachtragsübereinkommen. Der ökonomische Vertrag hat zum Gegenstand die Verpachtung der ungarischen Eisenbahn und sonstiger Staatsgüter auf 90 bzw. 50 Jahre. Es sind lauter Konfidentenmeldungen. Da wir keinen diplomatischen Dienst haben können, und da wir es auch ablehnen eine Spionage zu halten, sind wir nicht in der Lage, die Nachrichten zu überprüfen. Wir sind also in gewisser Hinsicht im Dunklen gelassen, aber es ist genug, um auf unser politisches Dasein einzuwirken und unsere Sorge zu schüren. Dieser ökonomische Vertrag soll Ungarn völlig dem französischen Kapital, Credit Lyonnais und Rothschildgruppe ausliefern und die französische Regierung soll dafür im politischen Vertrag Verpflichtungen übernommen haben. Dieser sieht die Unterstützung vielleicht bei den territorialen Ansprüchen Ungarns vor. Deutschwestungarn soll nur in geringem Maß geändert werden. Bei Ungarisch Altenburg soll ein Stück bei Ungarn bleiben, der Friedrich Gutsbesitz soll beisammen bleiben, dann sind an einzelnen Kapitel Abgrenzungen, Steinamanger, bei Günz. Im Wesentlichen sollen wir nicht so in Mitleidenschaft gezogen werden und so sind wir nicht in diesem Kapitel die besonders Leidtragenden. Dagegen soll die Auseinandersetzung mit Rumänien im Friedensweg geplant gewesen sein, Rumänien soll sich die Hilfe Ungarns gegenüber Russland dadurch erkaufen haben, dass es Ungarn in der Tiefebene ein Stück zurückgibt und die Grenze zurückschiebt an den Fuß des ungarischen Grenzgebirges. Leidtragend sollen sein die Jugoslawen und besonders die Tschechen. Diese sollen die Schütt, Komorn, verlieren. Die Grenze soll zurückgeschoben werden bis zu dem Gebirge, dann soll Kaschau ihnen verloren gehen, das karpatho-russische Gebiet soll mit Ostgalizien zum einem Karpatho-Russia vereinigt werden und dieses soll statt unter tschechischer unter ungarischer Oberhoheit stehen. Diese Grenzänderung sind ein Minimum und rechtfertigen nicht die schweren Opfer Ungarns dafür. Frankreich soll die Verpflichtung übernommen haben, diese Änderungen durchzusetzen. Dafür soll Ungarn die Erlaubnis bekommen zu rüsten und zum Krieg gegen Russland. Die Konzeption ist offensichtlich französisch, dabei sind einige Klauseln, die für uns weniger angenehm sind. So sollen die Ungarn sich verpflichten, wenn hier der Anschluss erklärt wird, Wien und Österreich zu besetzen, ebenso im Augenblick des Ausbruchs einer bolschewistischen Revolution. Auf das Bestehen dieses Vertrages haben wiederholte Reden Telekys hingedeutet, der sagte Frankreich habe die Ordnung Mitteleuropas übernommen und Ungarn sei an seiner Seite. Es fragt sich, ob die anderen Ententemächte mit dabei sind oder nicht. Am 20. Juli ist uns mitgeteilt worden, dass England gegen den ökonomischen Vertrag Einspruch erhoben hat, weil keine einzelne Macht das Recht zur Exploitation Ungarns hat, sondern nur die Reparationskommission und Gesamtheit der Mächte. Damals ist es in der Frage und Zeitlänge still geworden. Nach neuen Nachrichten sieht es aus, als hätte sich England an dem Geschäft bloß interessieren wollen. Italien scheint nicht beteiligt zu sein, denn der Mesaggero, welcher dem Außenamt nahestehen soll, soll diesen Plan enthüllt und dagegen Stellung genommen haben. Wie immer dem sein mag, die Ungarn haben in letzter Zeit ihre Rüstungen vermehrt. Mit dem Fortschreiten der Russen in Polen sind sie selbst gefordert. Ungarn rückt in ihre unmittelbare Nähe. Dabei bemerke ich, dass wir heute sehr alarmierende Depesche bekommen haben über Berlin. Der deutsche Gesandte in Warschau hat gemeldet, dass er Plan als verlässlich hält und die deutsche Gesandtschaft anfragt, ob sie mit flüchten will. Deutsche Regierung hat geantwortet sie sollen flüchten. Darauf eine 2.

Depesche. die deutsche Regierung bietet an, dass sie unseren Delegierten mitnimmt. Wir haben gesagt, dass sie mit Deutschen beisammen bleiben sollen, um nicht den Eindruck zu erwecken, als würde uns die Veränderung nichts angehen. Wir haben nie [...], dass Gesandtschaft flieht. Wenn diese Nachrichten Wahrheit sind, halten die Ungarn unmittelbar an der Grenze. Die Tschechen sind nicht imstande in der Slowakei einen Widerstand entgegen zu setzen, da sie die Unvorsichtigkeit hatten, ihre wenigen zuverlässigen Beamten in die Slowakei und Karpatho Russland zu schicken. Es ist tatsächlich so, dass man die Rüstungen Ungarns verstehen muss. Die Mobilisierung geht sehr günstig vor sich. Bestimmtes kann die Gesandtschaft nicht wissen.

Eine Beunruhigung schafft die Nachricht, wir werden im Einvernehmen mit der Entente den Kampf aufnehmen im Nordosten, aber wir müssen uns die Rückendeckung im Westen schaffen, damit Wien nicht in den Rücken fällt. Daher wird das Erste sein eine ungarische Division nach Wien. Da unmittelbar danach Fürstenfeld geschah, so hatte man Ursache zur Befürchtung, dass eine Überraschung eintritt. Damit hängt zusammen, dass auch das in den letzten Tagen uns Gewissheit verschafft hat, dass unsere Meldungen über Zalaegerszeg bestätigt hat. Die Herren erinnern sich, dass wir eine Note an die Entente über die Vorfälle von Z. geschickt haben. Diese schickte eine Kommission her, welche fand, dass nichts Wesentliches dort sei. Daraufhin haben wir eine indolente Note von Ungarn bekommen, wir haben diesen Notenwechsel nicht veröffentlicht, weil wir allen Grund hatten unseren Berichten mehr zu trauen. Inzwischen stellt sich heraus, dass England dahinter kam, dass die Kommission betrogen worden ist. Dann kam der Fall, dass 10 Leute aus dem Lager flüchteten, wobei 2 in Steinamanger standrechtlich erschossen wurden. Von den 10 sind 6 herüber gekommen. Von den 6 sind 2 ganz entschieden abenteuerliche Naturen, die hingegangen waren, weil sie meinten, rauben zu können. Deren Aussagen waren für uns nicht von Gewicht, wir haben sie verhaften lassen. Die Übrigen sagen übereinstimmend das aus, was von anderer Seite gemeldet worden ist und bestätigen, dass tatsächlich eine Legion gehalten wird, das Lagerkommando von dem Eintreffen der Kommission verständigt war, die Österreicher sich darauf in den Wald versteckten und erst nach Weggehen der Kommission wiederkamen. Als Offiziere wurden auch 2 genannt, welche sich gerade in Wien befanden. Sie wurden verhaftet und höchst belastendes Material gefunden, besonders direkte Marschrouten für Österreich. Diese Tatsache war selbstverständlich in hohem Grad beunruhigend und zeigt, dass die ungarische Regierung mit der Sache ernst macht, dass sie die Legion erhält. Wir haben den sicheren Beweis, dass die Ungarn 10 Mil. K für deren Erhaltung ausgeworfen haben, weil der Funktionär des Rechnungsdienstes, welcher es wissen könnte, verhaftet ist. Die ungarische Regierung selbst macht die Politik. Vor 14 Tagen hatte ich eine Unterredung mit Torretta über Räumung von Kärnten und habe dabei gefragt um Nachrichten aus Ungarn. Er sagte, er könne nicht in Abrede stellen, dass nicht bloß Offizierskreise, sondern die Regierung selbst sich mit aggressiven Absichten gegen ihre Nachbarn trägt. Solange nichts geschehen war, war keine Ursache zu Aufregung, als aber der Überfall in Fürstenfeld eintrat, musste man ernsthaft besorgt sein und daran denken alles zu tun, um einen Gewaltstreich abzuwehren. Das Staatsamt für Heerwesen hat auf seinem Gebiet nötige Verfügungen getroffen. Auf dem Gebiet der auswärtigen Politik könnte ich nichts anderes als die Entente anrufen. Das geschah in der Form, dass Eichhoff beauftragt wurde eine Note zu überreichen. Ich habe die Rückmeldung über den Wortlaut noch nicht.

Die Note ist überreicht, Wortlaut wird mitgeteilt werden.

Ich habe dann für heute Vormittag den Vertretern der 5 Hauptmächte, Frankreich, England, Italien, Japan, Amerika, den Sachverhalt auseinandergesetzt. Es fällt uns nicht ein, Ungarn in einem Akt des Selbstschutzes zu behindern, dass sie Mobilisierung ergreifen werden, es handle sich uns nur darum, die Sicherung zu verlangen, dass die Mobilisierung nicht gegen uns gerichtet ist. Diese Sicherung können sie durch moralische Einwirkung schaffen durch Kontrolloffiziere an der Grenze und dass sie erlauben die Entsendung eines Militärattachés

und Aufstellung militärischer Organe an die Grenzorte. Wir könnten die Garantie geben, dass wir den Ungarn nicht in den Rücken fallen wollen, wir wollen nichts als Frieden für unser Land. Die Ententemission hat das zur Kenntnis genommen. Die Japaner interessierten sich dafür, wie es militärisch zu machen wäre, ebenso England und die Mächte haben verschieden ausgesagt über das, was nach ihrer Meinung bevorsteht. Außerordentlich zurückhaltend war der französische Vertreter. Deziidiert hat England gesagt, er habe nicht den Eindruck, dass die offizielle Regierung etwas gegen Österreich unternehmen würde, könne aber nicht ausschließen, dass irgendein Zwischenfall eintrete. Die Mächte hätten die Aufgabe uns die Sicherung zu verschaffen, Der italienische Geschäftsträger hat gefunden, dass unsere Lage schwierig sei und die Mächte müssten etwas tun, um hier Sicherung zu schaffen. Darauf meine Frage, was sich die Ungarn vorstellen und was sie wollen, wurden verschiedene Antworten erteilt. Die klarste Antwort hat ein Vertreter durch die Entente gegeben, es sind dort die Offiziere am Ruder, sie haben keine nationalen Gefühle, sie seien Offiziere des Kaisers und des Reichs. Sie fühlen sich dazu verpflichtet, wenn man Wien einzunehmen und von der Gewaltherrschaft der Sozialdemokraten befreie, könnten Ungarn und Österreich zusammen, die Slowakei und Tschechien unterwerfen und das Reich wieder herstellen. Die anderen meinen, dass die Ungarn keinen Unterschied machen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, sie halten alles für Bolschewisten, man müsse den Sozialismus vernichten und dazu Wien einnehmen. Hinzugefügt wird, dass die Politiker, Apponyi, [...] es für Unsinn halten, aber keine Macht haben. Das Ergebnis der Gesandtschaftsbesprechung war beruhigend. Ich habe den Eindruck, dass die Mächte nicht gern etwas Derartiges sehen würden, nur Frankreich ist etwas unbestimmt. Vielleicht auch deshalb, weil der französische Gesandte sich nicht gern äußert und nicht gern verbindliche Äußerungen macht. Vielleicht ist es bei ihm nur diplomatische Manier und nicht bewusste Zurückhaltung.

Es steht so, dass man nicht unbesorgt sein darf. Ich glaube der Deutsche ist zu sehen, er kann die Verantwortung für das, was da vorgeht, nicht allein tragen, er muss dem Kabinett Mitteilung machen und obwohl er nicht viel vorkehren kann, so meint er doch die Verantwortung sei so groß, dass das Kabinett nicht in Unkenntnis gelassen werden darf vor einer möglichen, wenn auch nicht sehr wahrscheinlichen Gefahr.

Das ist die Lage diplomatisch gesehen. Ich meine, dass die ganzen Konzepte um Gödele alle ins Wasser gefallen sind, dass nichts daraus wird, denn es ist das alles aufgebaut auf dem Stand der Dinge vor 14 Tagen und wir haben jetzt während dieser 14 Tage den Zusammenbruch Polens und die Entente muss, wenn sie Polen zu Hilfe eilen will, kommt sie auf dem Weg zu spät. Die furchtbare Aktualität der Sache ist verloren gegangen. Dagegen ist geblieben, dass wenn der Frieden geschlossen wird, das Problem nicht beseitigt ist. Der Gegensatz zwischen Osten und Westen, in dem wir hier die neutralen Dritten sind mit Deutschland. Dieser Gegensatz kann eine Zeit lang in Schwebe gehalten werden, aber er muss sich einmal wieder zeigen. Soviel ich weiß, will England jetzt, weil alles verloren sei, unbedingt zum Frieden kommen und will das, was zu richten ist, später anders richten. Die Franzosen bieten alles auf, um jetzt Polen zu halten, weil sie Angst haben, dass sie es zu Hause nicht länger aushalten werden. Es besteht ein Gegensatz zwischen Frankreich und England. England will zunächst die verlorenen Plätze aufgeben und billig zu einem Frieden kommen auf Kosten Polens, Frankreich kann das nicht und möchte fort kämpfen. Damit kommen wir in eine schwierige Lage, weil wir und Deutschland in die Mitleidenschaft gezogen werden können als verbindender Raum.

Es ergibt sich eine weltgeschichtliche Situation für Deutschland und Österreich wie im 30-jährigen Krieg der ganz passive Kriegsschauplatz der anderen Mächte werden kann. Es kann kommen, dass Mitteleuropa der Kriegsschauplatz und unser Boden einfach zertreten wird durch die Heermassen der anderen. Ich begreife daher sehr wohl, dass Deutschland den Kampf um seine Neutralität mit vollem Bewusstsein aufgenommen hat. Die französische Regierung hat einfach mit der Tat beginnen wollen durch Waffen und Truppensendungen.

Deutschland hat die Sendung aufgehoben und der Präsident hat sofort eine Neutralitätserklärung erlassen, um zuvor zu kommen und die deutsche Regierung hat eine Note nach Paris gerichtet, worin sie sagt: wir sind neutral, durch den Friedensvertrag dazu verpflichtet, wir gehören nicht dem Völkerbund an, sind nicht dem Völkerbund verpflichtet und können in der Neutralität nicht beschränkt werden. Der Friedensvertrag kann zu einer anderen Haltung nicht zwingen. Es ist dort allerdings vorgesehen, dass zur Aufrechterhaltung des Friedensvertrages Entente Truppen durchs Land gestattet sind. Aber die jetzigen Vorgänge liegen außerhalb des Rahmens des Friedensvertrages. Wir können daher Durchtransporte von Kriegsmaterial hindern. Die Entente-Antwort ist noch nicht bekannt, Deutschland scheint aber keine Sorge zu haben, dass sie nicht zweckmäßig ausfällt. Der deutsche Außenminister hat erklärt, die Aufgabe der Neutralität bedeutet den Ausbruch des Bürgerkriegs in Deutschland. Diese inneren Konflikte müsste die Entente niederschlagen und alle Eisenbahnlinien militärisch besetzen.

Ein solcher Fall ist an uns herangekommen, Franzosen haben 4000 Pferde über Buchs nach Lundenburg verlangt. Es sei Kommerzware. Das ist offenbar eine Finte. Ich habe heute dem Gesandten erklärt, dass wir wissen, dass die Frage strittig werden kann. Im Friedensvertrag steht darüber dasselbe wie in Versaille. Wir werden es so halten, wie der Streit zwischen Deutschland und Frankreich abwarten. Ich mache aber aufmerksam, dass auch bei Entscheidung für die Durchfuhr die Entente-Mächte bitten müssen, davon abzusehen, wir sind ein kleines Territorium, an dem man vorbeifahren kann. Die Route Pressburg Triest über Steinamanger berührt Österreich nicht, man braucht uns also nicht. Ich bitte daher darum, Österreich ist ein Krankenhaus und durch ein solches fährt man nicht mit Lastautomobilen. Man möchte uns die Praxis der Neutralität zubilligen auch wenn der Rechtsstreit anders ausfällt. In Ungarn wird Kaserne frei gemacht für fremde Truppen. Das würde bedeuten, dass doch Entente-Truppen über Triest Oberösterreich nach Ungarn gehen. Es ist ganz ungewiss, was kommt. Dies ist unsere Lage. Es ist nötig, dass wir wissen und auch unsere Öffentlichkeit, Daher habe ich den Wunsch nach Neutralität in der Öffentlichkeit ausgesprochen und zunächst den Arbeitern gegenüber, damit dort die erste Stimme sei Neutralität und zuvor zu kommen der Stimme der Mitwirkung an der Seite Russlands. Über das Wesentliche der Unterredung habe ich Mitteilung an die Presse herausgegeben.

Die Tschechen sind aufs Äußerste beunruhigt, ebenso Jugoslawien und suchen Fühlung miteinander. Es ist auch das ein unangenehmer Zustand, weil diese beiden Nachbarn uns in Mitleidenschaft ziehen können. Wir haben das größte Interesse, dann keine militärische Aktion auf keiner Seite erfolgt und dass wir in keine militärische Aktion verwickelt werden. Diesem Interesse habe ich Ausdruck verliehen und wir müssen abwarten, wie sich die Dinge entwickeln. Die nächsten Tage werden entscheidend sein. Kommt es in Warschau zur Debellation, dann wäre eine außerordentliche Entspannung, würde aber wieder aufflammen im Herbst.

Körner

Renner: Wiener Neustadt, Bruck an der Mur und Hartberg liegen ganz an der Grenze. Was können wir zur Sicherung dieser Orte tun.

Körner: Fürstenfeld liegt einen halben km von der Grenze, dort ist eine Überraschung leicht möglich. Es könnten Unternehmungen nicht so leicht geschehen. Dagegen hilft nur eine möglichst gute Sicherung. Was verfügbar ist, ist dort im Wachdienst eingeteilt. Aber gegen einen planmäßigen Überfall könnten diese Wachen nichts machen.

Renner: Halten Sie es für möglich, dass es Heimwehrformation war, die über die Grenze gegangen ist. Was haben wir für eine Grenzsicherung gegen Überfall anderer

Körner: Wir haben an der Grenze nur Finanzwache und Gendarmen. Selbst eine intensive Grenzbewachung hätte nichts genützt. Die Grenze ist eigentlich überall offen. Nach unserem

Gefühl haben die Ungarn 60-100000 Mann und schlecht ausgerüstet.

Mayr: Man darf wohl der Meinung sein, dass dort kein Überfall sich wiederholen wird.

Hanusch: Lehnt die Landesregierung den Abtransport noch immer ab.

Mayr: Die Hauptfrage ist die, ob wir uns sichern können oder nicht.

Glöckel: Es scheint mir notwendig die Lockmittel wegzuschaffen und Landesregierung veranlassen, dass der Munitionsbestand wenigstens von der Grenze weggeschafft wird.

Körner: Die Ursache des Vergebens ist immer die, dass man die Überführung als Stärkung der anderen Partei ansieht.

Renner: Hat das Heeresamt Mittel um sich über die Vorgänge in Ungarn zu überzeugen.

Körner: Wir dürfen keine Außenpolitik mehr verfolgen und das Staatsamt kann nichts mehr beobachten. Ein Evidenzdienst besteht nicht mehr. Es sickert nur aus persönlichen Beziehungen etwas durch.

Breisky: Der Grenzschutzdienst der Gendarmerie hat eine Anzahl von Beziehungen angeknüpft um sich Informationen zu verschaffen. Wir haben schon eine Reihe von Leuten mit verlässlichen Nachrichten. Aber es ist ein Zweifel, ob gerade im kritischen Territorium solche Gewährsmänner sind. Die Zahl der Gewährsmänner vermehrt sich, so dass ein Überblick über die Vorgänge an der Grenze gegeben ist.

Renner: Für das Außenamt ist es wichtig zu erfahren, wohin die Waffen gebracht wurden.

Mayr: Wir können wohl mehr was Besonderes aus diesen Details herausnehmen. Es sind besonders interessante Beträge zu sichern. Aufgrund des Kabinettsratsbeschlusses der letzten Sitzung wurde die Präsidentschaftskanzlei verständigt den Hauptausschuss wegen der Lage einzuberufen. Ich habe noch keine Antwort, Vielleicht wird es noch diese Woche der Fall sein. Wenn nichts Besonderes mehr nachkommt, schätze ich dass der Hauptausschuss schon zusammentreten wird.

Freitag 10 Uhr Personal, anschließend die ordentliche Sitzung.

Miklas: Einvernehmliche Kabinettsitzung Dienstag 2 Uhr nachmittags Personal mit anschließender ordentlicher Sitzung

Mayr: Wenn die äußeren Verhältnisse es gestatten.

Miklas: Ich habe gehört, dass Hauptausschuss für den 10. in Aussicht genommen ist, halte aber Zusammentritt ausgeschlossen. Es wäre am Besten den Herrschaften mitzuteilen, dass eventuell eine Sitzung des Hauptausschusses in Aussicht zu nehmen wäre für den 17., wenn auch der Verfassungsausschuss wieder beginnt.

Mayr: Ich werden dem Präsidenten unser vorläufiges Programm mitteilen. Für den dringenden Fall müssen die Kabinettsmitglieder für den Augenblick bereit sein.

4. Hanusch: In Abwesenheit des Vorsitzenden war eine Abordnung bei mir der Heimkehrer, welche Staatsangestellte sind. Die sind von der Heimkehrerbekleidungsvorschrift ausgenommen in § 3. Vorigen Freitag war eine große Versammlung in der Volkshalle, da die Staatsangestellten revoltiert haben. Sie haben versprochen, in der nächsten Sitzung die Frage dem Kabinettsrat vorzulegen. Zugesagt habe ich nichts, ich habe nur versprochen den Kabinettsrat mit der Frage zu beschäftigen. Sie haben eine Resolution überreicht. Der Termin nach § 5 soll bis 31. Oktober erstreckt werden für die Anmeldung. Ich will keine Debatte darüber. Ich möchte an Heerwesen und Finanz die Sache übergeben zur Einleitung der weiteren Schritte. Ob etwas getan wird, überlasse ich den beiden Ämtern und dem Kabinett.

5. Breisky: Hofrat Glanz aus Graz hat Bericht über Verhandlungen der Jugoslawen mit

unserem Verkehrswesen über Durchzugsverkehr und zollpolitische Verhandlungen auf der Strecke Radkersburg. Er besorgt, dass durch solche parallel laufende Verhandlungen seine Verhandlungen bezüglich des Abstaller Beckens in Gefahr kommen könnten. Er hat gebeten die Bitte zu unterbreiten, dass ein gewisses Einvernehmen mit ihm gepflogen werde und er verständigt wird von solchen Verhandlungen, damit er die Herren orientieren kann, was im Augenblick für Material besonders gefallen ist, damit wir nicht ein Kompensationsobjekt aus der Hand geben.

Renner: Ich möchte fragen, welches Staatsamt die Führung hat. Ich möchte das Ansuchen Glanz unterstützen. Es wäre zweckmäßig, wenn diese Frage des Durchzugsverkehrs Spielfeld Radkersburg an Glanz zuzuziehen. Dieser Verkehr ist das Hauptkompensationsobjekt für das Abstaller Becken.

Pesta: Ich wurde von Renner aufmerksam gemacht und habe bereits Auftrag gegeben, dass nichts ohne Einvernehmen mit Glanz geschehen wird. Auch die Südbahn, die auf eigene Faust vorgehen könnte, habe ich durch Betriebsdirektor Pfeil(?) gebeten für den Fall als sie mit Jugoslawien in Berührung tritt, es das Verkehrswesen wissen lasse, damit Äußeres und Glanz verständigt werden können.

Breisky: Ich habe diese bitte vorgebracht, weil es möglich sein könnte, dass die jugoslawische Regierung an alle anderen Staatsämter herantritt.

Mayr: Die Herren sind orientiert, wenn herangetreten wird, bitte ich um Beziehung des Glanz.

Geheimer Anhang

zum Kabinettsprotokoll Nr. 209 vom 3. August 1920.

Besprechung der aussen- und innerpolitischen Lage.

Staatssekretär Dr. R e n n e r führt aus, daß aus Ungarn teils von der österreichischen Gesandtschaft in Budapest, teils aus anderen zuverlässigen Quellen seit geraumer Zeit beunruhigende Nachrichten einlaufen, welche dahin gehen, die ungarische Regierung habe zunächst mit der französischen Regierung, dann aber auch in einem nicht näher abgesteckten Umfang mit der Entente überhaupt, in G ö d ö l l ö einen formellen Vertrag abgeschlossen, welcher die Weiterführung der Politik im Sinne der Staatsverträge von St.Germain und Neuilly in Frage stellen würde. Angeblich liegen drei Verträge, ein ökonomischer, ein politischer, und ein Nachtragsübereinkommen vor. Der ökonomische Vertrag habe die Verpachtung der ungarischen Eisenbahnen und der sonstigen Staatsgüter für einen Zeitraum von 90 beziehungsweise 50 Jahren an eine französische Finanzgruppe, bestehend aus dem Credit Lyonnais und dem Bankhaus Rothschild, zum Gegenstande, wofür Frankreich der ungarischen Regierung gegenüber in dem politischen Vertrag eine Reihe von Verpflichtungen auf sich nehme.

Inbesondere sei darin die Unterstützung der territorialen Ansprüche Ungarns durch Frankreich vorgesehen.



./.

Bei Deutschwestungarn würde es sich hier nur um verhältnismässig geringfügige Grenzverschiebungen bei Ungarisch-Altenburg, Steinamanger und Güns handeln. Dagegen soll mit Rumänien eine friedliche Auseinandersetzung über die Abgrenzung angestrebt werden, wobei Rumänien um den Preis der Hilfeleistung Ungarns im Kampfe gegen Russland das ihm zugedachte Gebiet in der ungarischen Tiefebene zurückgeben und die Grenzlinie an dem Fuß des ungarischen Grenzgebirges zu verschieben hätte. Besonders in Mitleidenschaft gezogen würden neben Jugoslawien die Tschechoslowakei. Letztere sollte die Schütt, Komorn sowie Kaschau verlieren und die Grenzlinien bis an den Gebirgsfuß zurückschieben. Das karpato-russische Gebiet sollte mit Ostgalizien zu einer eigenen Republik Karpatho-Russia vereinigt und statt unter tschechoslovakische unter ungarische Oberhoheit gestellt werden.

Als Gegenleistung Ungarns sei die Teilnahme an dem Krieg gegen Russland vorgesehen, im Zusammenhang womit Ungarn die Erlaubnis zu umfangreichen militärischen Rüstungen erhalten habe. Für Oesterreich seien die Klauseln bedeutsam, in denen Ungarn das Recht erhält, Wien und Oesterreich zu besetzen, falls der Anschluß an Deutschland erklärt werden oder in Wien eine bolschewistische Revolution ausbrechen sollte. Nähere Einzelheiten über den Vertrag fehlen, doch deuten auf dessen Bestand wiederholte Bemerkungen des Ministerpräsidenten T e l e k y hin, worin er äussert, Frankreich habe die Ordnung Mitteleuropas übernommen und Ungarn stehe an seiner Seite.

Von Wichtigkeit sei nun die Frage, inwieweit auch die übrigen Ententestaaten an diesen Plänen teilnehmen.

Nach einer Mitteilung vom 20. Juli habe England gegen den ökonomischen Vertrag Einspruch erhoben, da es die Exploitation Ungarns nicht einer einzelnen Macht überlassen, sondern der Reparationskommission zugunsten der Gesamtheit der Mächte vorbehalten wolle. Seither habe es aber den Anschein gewonnen, als sei das Interesse Englands an dem Abkommen gestiegen. Italien ist offenbar nicht beteiligt, wenigstens habe der Messaggero, welcher dem italienischen Aussenamt nahestehen solle, kürzlich die Abmachungen in der Öffentlichkeit enthüllt und dagegen Stellung genommen. Wie dem immer sein mag muß doch festgestellt werden, daß Ungarn in der letzten Zeit seine Rüstungen eifrigst betrieb. Allerdings versetze das Vorschreiten der Russen im Kampfe gegen Polen Ungarn in die Notwendigkeit, sich zu sichern, da der Krieg immer näher an die Karpathen rückt und die Tschechoslovakei weder in der Lage noch Willens wäre, einen Durchmarsch der Russen gegen Ungarn zu verhindern.

Für Oesterreich komme dabei in Betracht, daß Ungarn im Falle eines Krieges mit Rußland eine Rückendeckung im Westen als erforderlich ansehe und zu diesem Zwecke die Besetzung Wiens in Aussicht genommen habe. Daß Vorbereitungen im Zuge seien beweisen der Ueberfall auf das Waffendepot in Fürstenfeld sowie die nunmehr einwandfrei erhärtete Aufstellung einer österreichischen Legion in Zalaegerszeg. Die Angriffspolitik der ungarischen Regierung finde auch ihre Bestätigung in einer kürzlich gefallenen Bemerkung des italienischen Gesandten, er könne nicht in Abrede stellen, daß nicht bloß die ungarischen Offizierskreise sondern die ungarische Regierung selbst sich mit aggressiven Absichten gegen ihre Nachbarn tragen.



Der Ueberfall auf das Waffendepot in Fürstenfeld habe nun die österreichische Regierung dazu genötigt, ihrerseits in der Angelegenheit Stellung zu nehmen. Zu diesem Behufe habe Redner dem österreichischen Geschäftsträger in Paris die Weisung erteilt, der Botschafterkonferenz eine Note im Sinne der diesem Protokolle angeschlossenen Instruktion zu überreichen. Die Ueberreichung sei laut telegraphischer Meldung bereits erfolgt, der Wortlaut der Note werde noch bekanntgegeben werden.

Ausserdam habe Redner am heutigen Vormittags die Vertreter der fünf Hauptmächte, Frankreich, Italien, England, Japan und Amerika, zu einer Auseinandersetzung über die Lage berufen. Hierbei habe er den Ententemächten zur Kenntnis gebracht, daß Oesterreich nicht plane, Ungarn in einem Akte des Selbstschutzes zu behindern, dagegen aber volle Sicherheit verlangen müsse, daß die dortige Mobilisierung nicht gegen uns gerichtet sei. Diese Sicherung könne durch eine moralische Einwirkung der Entente in Budapest, dann durch Entsendung interalliierteter Kontrolloffiziere an die Grenze sowie dadurch geschaffen werden, daß Oesterreich die Erlaubnis erhält, einen Militärattaschee zur Gesandtschaft in Budapest zu entsenden und in den Grenzorten militärische Kontrollorgane aufzustellen.

Oesterreich habe den einzigen Wunsch, den Frieden unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, bedürfe dazu jedoch des Schutzes der alliierten Mächte, da ihm der Friedensvertrag eine wirksame Selbsthilfe unmöglich mache. Der sprechende Staatssekretär habe die Gesandten in der Folge ersucht, ihre Regierungen davon zu unter-

richten, damit der fortwährenden Bedrohung von Seite
Ungarn, welche die innere Beruhigung Oesterreichs heime
und gefährde, Einhalt getan werde. Die Meinungen der
Gesandten über die Absichten Ungarns seien geteilt ge-
wesen, doch habe Redner den Eindruck gewonnen, daß die
Entente alle Zwischenfälle zwischen Oesterreich und
Ungarn vermeiden zu sehen wünsche. Trotzdem dürfe sich
Oesterreich nicht der Sorglosigkeit hingeben und die
unmittelbar verantwortlichen Staatssekretäre müssen
Gewicht darauf legen, daß der Kabinettsrat in die Lage
komme, alle Maßnahmen für den Fall des Eintrittes einer
unmittelbaren Gefahr in Erwägung zu ziehen.

Durch den zwischenzeitigen Zusammenbruch Polens
dürfte der Vertrag Ungarns mit der Entente für den Augen-
blick allerdings an Aktualität verloren haben. Die Lage
bleibe aber trotzdem noch wie vor ernst, da der Gegensatz
zwischen dem Osten und dem Westen Europas noch immer
der Austragung harre. England verfolge im Moment anschei-
nend die Politik, unter allen Umständen und sei es auch
mit Russland
auf Kosten Polens, zum Frieden zu kommen, jedoch nur, um
die Auseinandersetzung mit Russland auf einen späteren
Zeitpunkt zu verschieben. Frankreich dagegen biete alles
auf, um jetzt Polen zu halten, aus Besorgnis, die Ent-
wicklungen in eigenen Lande nicht länger meistern zu können.
Oesterreich wie Deutschland falle dabei zwar die
Rolle eines neutralen Dritten zu, doch drohe auch diesen
beiden Staaten, mit in den Konflikt verwickelt zu werden,
da die Verbindung zwischen dem Westen und dem Osten
darstellen. Deutschland und Oesterreich stehen daher in
der weltgeschichtlichen Situation, gleich wie im 30 jährigen
Kriege, den Schauplatz des Zusammenstoßes fremder Staaten
abzugeben. Deutschland habe den Kampf um seine Neutralität
mit vollen Bewusstsein und aller Kraft aufgenommen, um zu



verhindern, das Frachten von Waffen- und Truppensendungen
durch den Seehafen von Venedig zu verhindern. Der Friedensvertrag
sollte allerdings die Durchsicht von Entente-Truppen
verhindern, jedoch war für den Fall, daß es sich um Maßnahmen
zur Aufrechterhaltung des Friedensvertrages selbst handle.
Die Vorgänge in Polen liegen jedoch außerhalb des Rahmens
des Friedensvertrages und es sei daher begründet, den
Durchtransport von Kriegsmaterial unlässlich des Kampfes
zwischen Russland und Polen zu verweigern. Die Antwort
der österreichischen Regierung, doch halte sich
Deutschland für alle Fälle auf der Hut, da es wohl weiß,
daß die Abgabe der Neutralität den Ausbruch des Bürger-
krieges in Deutschland bedeuten würde.
Nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges in Deutschland
verlangt die österreichische Regierung 4.000 Pferde als angebliche
Kameraden zum Transport nach Landung zu transportieren.
Redner habe dieses Verlangen dem französischen Gesandten
gegenüber abgelehnt und darauf hingewiesen,
daß der Friedensvertrag selbst Österreich zur unbeding-
ten Neutralität verpflichte. Da die Verträge von Versailles
und St. Germain in diesem Punkte einander völlig gleich-
setzen, wolle die österreichische Regierung den Ausgang
der Verhandlungen, die ausschließlich von der Entente
mit Deutschland über die Rechte und Pflichten der Neu-
neutralität in Zusammenhang mit den Friedensverträgen schweb-
en, abwarten und deren Ergebnis für sich übernehmen.
Doch müsse ausdrücklich gesagt werden, daß in Österreich
die soziale Konsolidierung noch nicht so weit vorgeschrit-
ten sei, um die schweren Belastungsproben aussetzen
zu können. Österreich sei noch immer ein Krankenzimmer
durch den man nicht mit schweren Lastwagen fahren dürfe.
Es sei die Bitte von ganz Österreich, ihn zu helfen,

./.

Neutralität zu begehren und sein Territorium von den
Ereignissen unberührt zu lassen. Der Friedensvertrag
habe das Gebiet Oesterreichs zu zugeschnitten, das
die Route Presburg - Steinamanger - Triest nicht über
Oesterreich führt, es möge daher jetzt eben diese Rou-
te benutzt werden. Die Entente solle darum Oesterreich
die Praxis der Neutralität auch für den Fall zubilligen,
daß die Entscheidung im Rechtsstreite etwa anders aus-
fallen sollte.

Den Wunsch nach Neutralität habe der sprechende
Staatssekretär auch in der Öffentlichkeit und zwar
zunächst gegenüber der Arbeiterschaft ausgesprochen,
um dieser Stimme dort den ersten Platz zu sichern und dem
Wunsche nach Mitwirkung an der Seite Rußlands zuvorzukom-
men. Durch die Ereignisse seien auch die Tschechoslova-
kei und Jugoslawien außerst beunruhigt und suchen Füh-
lung miteinander. Auch aus dem Zusammenwirken dieser
beiden Staaten können unter Umständen für Oesterreich
unangenehme Folgen entstehen. Oesterreichs Interesse
sei es, daß von keiner Seite eine militärische Aktion
erfolge oder dass wenigstens wir in keine militärische
Aktion verwickelt werden. Für den weiteren Ausgang
werden die nächsten Tage entscheidend sein. Sollte es
dabei tatsächlich zur vollkommenen Niederringung Polens
durch Rußland kommen, wäre für den Augenblick zwar eine
Entspannung gegeben, die Gefahr aber nicht beseitigt,
weil dann noch immer die schließliche Auseinandersetzung
zwischen England und Rußland bevorstehe.

Oberst K ö r n e r erstattet den diesem Protokoll
als Beilage angeschlossenen Bericht über das Ergebnis
seiner Erhebungen in Angelegenheit der Beraubung des
Waffendepots in Fürstenfeld und gibt anschließend daran

./.



Verschiedene von einzelnen Kabinettsmitgliedern ge-
wünschte nähere Aufschlüsse über die Möglichkeit mili-
tärischer Sicherungen gegen eine Wiederholung derarti-
ger Vorfälle.
Die Debatte über die Debatte
mit der Bemerkung ab, dass zu unmittelbaren Entschlie-
sungen vorläufig noch kein Anlass gegeben sei und sich
die Kabinettsmitglieder bereit halten würden, im Bedarfs-
falle jederzeit zu einer Sitzung einzutreten zu werden.

Den Wunsch nach Neutralität habe der sprechende
Staatssekretär auch in der Öffentlichkeit und zwar
zunächst gegenüber der Arbeiterschaft ausgesprochen,
um dieser Stimme dort den ersten Platz zu sichern und dem
Wunsche nach Mitwirkung an der Seite Russlands zuzustimmen.
Durch die Ereignisse seien auch die Tschechoslowa-
ken und Jugoslawen äußerst beunruhigt und suchen Füh-
rung miteinander. Auch aus dem Zusammenwirken dieser
beiden Staaten können unter Umständen für Österreich
unangenehme Folgen entstehen. Österreichische Interessen
sei es, daß von keiner Seite eine militärische Aktion
erfolge oder daß wenigstens wir in keine militärische
Aktion verwickelt werden. Für den weiteren Ausgang
werden die nächsten Tage entscheidend sein. Sollte es
dabei tatsächlich zur vollkommenen Niederlage Polens
durch Rußland kommen, wäre für den Augenblick zwar eine
Entspannung gegeben, die Gefahr aber nicht beseitigt.
Weil dann noch immer die schließliche Auseinandersetzung
zwischen England und Rußland bevorstehe.
Oberst Kerner erstattet den diesen Protokoll
als Beilage angeschlossenen Bericht über das Ergebnis
seiner Erhebungen in Angelegenheit der Bekämpfung des
Waffenhandels in Westeuropa und gibt anschließend daran



KRP 209 vom 3. August 1920

Beilage zum geheimen Anhang betr. zwei Berichte über den großen Waffendiebstahl am 30. Juli 1920 in Fürstenfeld (12 Seiten, maschinschriftlicher Durchschlag)

B e r i c h t e

über das Ergebnis der Erhebungen von AL. Zahl 8141/1920.

Verfügungen des LBH.

Seit den, im Februar l. J. vorgekommenen Waffendiebstählen aus den Depots von Feldbach und Zebring war der Landesbefehlshaber aus eigener Initiative und auf Grund wiederholter Befehle des Staatsamtes tätig bemüht, Waffen, Munition und Ausrüstung aus den kleinen Waffenzentralmagazinen an der oststeirischen Grenze in das Waffenzentraldepot Graz / Kalsdorf/ und in das Munitiondepot GÖsting überführen zu lassen. -

Die Waffenzentralmagazine von Zebring, Feldberg, Friedberg konnte der Landesbefehlshaber auf diese Art auflesen. Das Wegführen der Waffen aus den Depots von Fürstenfeld und Hartberg musste wegen des wiederholten und dringenden Einspruches des Wehr- und Sicherheitsausschusses / der Landesregierung/ zunächst unterbleiben. -

Sicherung der Waffenzentralmagazine Fürstenfeld und Hartberg in Allgemeinensicheren.

Die Depots wurden vorerst von Volkswehr bewacht, da der Stand der Volkswehr immer kleiner wurde, die Aufstellung der neuen Wehrmacht in Steiermark sich ausserordentlich verzögerte, hatte der Landesbefehlshaber binnen kurzen keine Kräfte mehr zur Verfügung, um für ausreichende Bewachung der Magazine Sorge zu tragen. Es war daher auch aus dieser Ursache gezwungen, neuerdings die Überführung der Waffen etc. aus Fürstenfeld und Hartberg nach Graz zu versuchen. Der Wehr- und Sicherheitsausschuss / der Landesregierung/ blieb jedoch bei seiner ersten Auffassung, dass Waffenverschiebungen zu vermeiden wären. Der Landesbefehlshaber erklärte schliesslich, für das weitere Verbleiben der Waffen in den genannten Depots keine Verantwortung mehr übernehmen zu können, da ihm die zur Bewachung nötige Mannschaft fehle. Die Landesregierung beauftragte deshalb das Landesgendarmariekommando, für die



Bewachung der Waffenmagazine in Fürstenfeld und Hartberg aufzukommen.-

Vom 6. Mai an waren die Waffenmagazine unter Obhut der Gendarmerie. Vom Heere wurde nur die Verwaltung der Vorräte bewirkt.-

Sicherung des Waffenmagazins Fürstenfeld am Überfallstag /30.7./

Die Sicherung durch die Gendarmerie wurde durch deren aktiven Ausendienst, die unmittelbare Aufsicht über den gut abgeschlossenen Gebäudekomplex durch einen im Depot wohnenden Gendarmen bewirkt.-

Seit dem 13./7., an welchem Tage das Gerücht von einer beabsichtigten Plünderung des Depots durch Bauern der Umgebung enttauchte, wurde vom Bürgerweisse die Verbesserung des Sicherungsdienstes durch eine Stadtwehr vorgenommen. Hierzu wurden 20 Gewehre aus dem Depot ausgegeben, Ortsbewohner stellten die Bewachungsposten.-

Vom 29./7. zum 30./7. hatten zwei Leute der Stadtwehr Nachdienst und waren - eben im Abgehen, als der Überfall erfolgte, da um 3 Uhr früh / Tagesanbruch / normal der Dienst endete.-

Charakteristik des Überfalles.

Der Überfall erfolgte um 3 Uhr früh bei vollem Mondlicht.

Da die gerichtlichen Erhebungen, die Nachforschungen der Gendarmerie und die militärischen Prüfungen nicht beendet sind, ist ein abschliessendes Urteil noch nicht möglich. Immerhin lassen die vielen Details aussagen und Erhebungen an Ort und Stelle einstweilen folgendes Urteil zu:



Die den Überfall durchführenden Leute kamen von Ungarn herüber, das Gros mit dem Kraftwagen aus der Richtung Sandersdorf / Rudafalva / auf der Strasse über die Brücke nach Fürstenfeld und nahm denselben Weg zurück.-

Die Programmässig nach Art einer Sturmtuppenunternehmung durchgeführte Aktion lässt bei den Betei-

ligsten erkennen:

Gründliches Vorstudium aller Verhältnisse an Ort und Stelle, gute militärische Leitung, genau unterwiesene Unterführer, gut für das Unternehmen disziplinierte Leute. Der Ueberfall war ein vollkommen überraschendes Unternehmen einer Gruppe bewaffneter Männer gegen das nur notdürftig gegen Einbruch einzelner geschützte Waffendepot, welcher Ueberfall auch bei einer intensiveren Bewachung hätte gelingen müssen. Der Ueberfall war so überraschend und so kräftig, dass nirgends ernstlicher Widerstand geleistet wurde.-

Massnahmen des Landesbefehlshabers nach dem Ueberfall.

Den Befehlen des Staatsamtes entsprechend wurden gleich nach dem Vorkommnis 2 Detachements der neuen Wehrmacht zu je 1 Offizier, 2 Unteroffizieren, 12 Wehrmännern zur besseren Sicherung der Waffendepots nach Fürstenfeld und Hartberg entsendet und die Einziehung der Waffen nach Graz verfügt.-

Schlussbemerkung.

Die schwierige Lage gegenüber solchen Ueberfällen zeigt sich am schärfsten bei der Ueberlegung, dass das ganze Wehrmachtkontingent des Landes 4000 Mann einschliesslich der Offiziere und Unteroffiziere beträgt und auf die Orte Graz, Bruck, Judenburg, Leoben, Strass vertheilt ist. Tatsächlich ist aber das Kontingent nur zu einem geringen Teil aufgestellt.-

Beigefügt wird, dass die Menge der geraubten Waffen zu 1/15 bis 1/20 der gesamten, Deutschösterreich nach dem Friedensvertrage zugestandenen Waffenmenge ist.-

Es ist ganz ausgeschlossen, alle wichtigen Objekte an der Grenze oder im Landinnern gegen mitten im Frieden organisierte Ueberfälle von geschlossenen Abteilungen, die 500-800 Mann stark sind, zu sichern, selbst wenn das ganze Wehrmachtkontingent aufgestellt ist, um wieviel weniger erst jetzt, da dies noch nicht



der Fall ist.

So weit zu überblicken ist, haben die militärischen Stellen versucht, der Lage entsprechend zu handeln, weshalb ihnen kein Verschulden zur Last fällt.-

Wien, am 3. August 1920.

1 Beilage / Detailbericht/.



000004

13

D e t a i l b e r i c h t .

Charakteristik der Verhältnisse in Ud-Steiermark.

Am 18./2. 1920 nachts wurde auf Grund eines geschickt gefälschten telephonischen Befehles das LBH an das Ausrüstungsmagazin in Fehring von diesem 888 Gewehre und 1000 MG ausgegeben und von unbekanntem Tätern in Kraftwagen weggeführt.

Die gerichtlichen Erhebungen zeigten kein Resultat. Der Militäranwalt Graz setzt das Verfahren gemäss § 426 des V. St. B. O. aus, da sich keinerlei Anhaltspunkte zur strafgerichtlichen Verfolgung bestimmter Personen ergeben hatten und gibt weiters an: "Nach der Sachlage erscheint die Annahme gerechtfertigt, dass die Waffen weder nach Graz, noch über die Grenze gebracht worden, sondern sich auf dem flachen Lande befinden".
/Bericht vom 10./4./.

Am 24./2. 1920, 4 Uhr vorm. wurde in das Zeughaus Fehring eingebrochen, ca 1000 Gew., 10 MG., Munition und Zielenzeug wurden geraubt. Die Nachforschungen blieben ergebnislos. Es konnte nur konstatiert werden, dass es Ochsen und Pferdewagen waren, die mit dem Material in der Richtung Feldbach wegführten.

Auch dieses gerichtliche Verfahren musste gemäss § 426 des V. St. B. O. ausgesetzt werden.

Aktion zum Einziehen der Waffen.



Auf Grund dieser Vorkommnisse leitet der LBH nach einer am 1./3. stattgefundenen Besprechung mit den Herren LtptmSty. Pongratz und Landesrat Dr. Trischin / als Vertreter des Hptm. Dr. Rintelen / in vollen Einvernehmen mit diesen die Einziehung der gesamten Vorräte an Artillerie und Munition der Ausrüstungsmagazine in Friedberg, Hartberg, Fürstenfeld, Feldbach, der Zeughäuser Hartberg, Fürstenfeld,

000005

14

Fehring in's Waffenhauptdepot Graz und Monturdepot
Gösting ein./Zrks.949/Gstb.u.AO.des LBH vom 2./3./.
Feldbach wird am 8./3., Fehring am 10./3. geräumt;
bis 21./3. sind beide Depots aufgelassen.

am 9./3. ordnet der Staatsamt allgemein an:
"dass sämtliche im Bereiche des LBH in den diversen
Depots / Ausrüstungsmagazins, Zeughäuser, Abgabestel-
len etc./ befindlichen Handfeuerwaffen, Maschinenge-
währe und Munition einzuziehen und im Waffenhaupt-
depot Graz / Kalsdorf/ zu deponieren sind"./AL.Br.
1663 des St.A.f.H. vom 9./3./, welchem Befehl der
LBH schon vorgearbeitet hatte.

Der LBH verständigt hiervon sowie von der Art der
Durchführung den Wehr- und Sicherheitsausschuss./
Zrks.Nr. 1238 des LBH vom 17./3./.

Der Wehr- und Sicherheitsausschuss protestiert
jedoch auf Grund eines mit Stimmeneinhelligkeit in
der Sitzung vom 21./3. gefassten Beschlusses gegen
alle Waffenverschiebungen und rät zu intensiver Be-
wachung der Verwahrungsräume / Pas. 31-69 des V.u.
S.S.vom 26./2.28/, worauf der LBH Gegenvorstellungen
macht und die Unmöglichkeit einer schärferen Bewachung
vieler Depots wegen Personalmangel und wegen der be-
sonderen Verhältnisse bei der V.U. ausführt und aber-
mals auf die Notwendigkeit der Zusammenziehung der
Vorräte der kleinen Depots in ein grosses Magazin hin-
weist./Zrks.Nr. 1416-Gstb.u.AO.des LBH vom 27./3./.

Auf Grund der vom Staatsamt dem LBH übermittelten
Orientierung über einen regen Waffenschmuggel zwischen
Steiermark und Ungarn, mitgeteilt vom Chef der
britischen Militärmission, Oberst Cuninghame /Abb.7,
Zahl 1734 des St.A.f.H.vom 29./3./ ersucht der LBH
die I.E., die schärfste Bewachung der Grenze zu veranlassen,
versucht abermals, die Waffen aus den Depots zunächst
der Grenze wegzubringen und schreibt "Zusätzlich weist

der LBH auf die ihm vom Staatsamt für Verhinderung des Waffenschuggels aufgetragene Verantwortung hin, um nunmehr auch die seit Wochen betonte Dringlichkeit der Inziehung der Waffendepots der Oststeiermark zu erhärten, denn bei der Unmöglichkeit die Depots auch nur notdürftig zu bewachen, wurden diese ähnlich wie jenes von Fehring von Unbefugten ausgehoben werden können. Um dies zu verhindern, wird die Inziehung der Waffendepots in Hartberg und Fürstenfeld nach Graz angeordnet werden, wenn nicht die LB durch Gendarmerie die Bewachung übernehmen könnte. Infolge des Abbaues wird um befristete Antwort bis 29./4. dringendst ersucht /Präs. 1800-40 des LBH vom 27./4./.

Der Wehr- und Sicherheitsausschuss erteilt hierauf die Abskunft, dass die LB am 28./4. das Landsgendarmierkommando beauftragt habe, für die Bewachung der Waffensmagazine in Feldbach, Fürstenfeld und Hartberg a. zuzukommen. /Präs. Nr. 1908/Goth des LBH/.

Mit Bes. 31-110/1 vom 3. Mai teilt der Wehr- und Sicherheitsausschuss dem LBH mit, dass das Landesgendarmeriekommando die Bewachung des Anrüstungsmagazines und Leuchtturms in Fürstenfeld am 5. oder 6. Mai übernehmen werde. /Bes. 31-110 des L.u.S. vom 29./4./.

Nachrichten über Unruhe der Bevölkerung in Fürstenfeld und Umgebung veranlassen das Staatsamt abermals telegraphisch das Abschieben der Waffen von Fürstenfeld zu verlangen. /Abt. 7, 2. 3199 des StA. f. P. vom 26./6./.

Der LBH trifft die nötigen Anordnungen /Präs. 2640/40 des LBH vom 8./7./ und verständigt die LB, worauf vom L.u.S. mit Berufung auf den Beschluss vom März abermals Verwahrung gegen jede Verschie-



bung der Waffen angelegt wird /Res 31-110/II des
U.S.A. vom 9. Juli/.

Nochmals versucht es der LBH auf diese Zuschrift hin, den Weisungen des Staatsamtes Gellung zu verschaffen und betont u.a. in seiner Zuschrift noch ausdrücklich: " Hervorgehoben muss noch werden, dass die dermalige Bewachung des Depots nicht genügend ist, denn sie besteht nur darin, dass die Aufsicht über dasselbe einem Gendarm übertragen ist " und betont am Schluss " Welche Schwierigkeiten der LBH gerade in Angelegenheit der Waffen zu überwinden hat, möge der U.S.A. daraus ersehen, dass einerseits das Staatsamt präzise Weisungen erteilt, die LBH aber entgegengesetzte Wünsche vorbringt, schliesslich auch vom LBH erteilte Befehle endlich nicht zur Durchführung gelangen." /Präs. Nr. 2703 - AO des LBH vom 13. Juli/.

Auf diese Zuschrift antwortet der U.S.A. dass die LBH nach Beendigung der Mtg. Sitzungen - spätestens jedoch mit Beginn der kommenden Woche dem Staatsamte f.H. seine Stellungnahme präzisieren werde und verlangt, dass die Stornierung der Waffeneinziehung aufrecht erhalten bleibe. /Res. 31-110/IV des U.S.A. v. 1920/.

Als zum Staatsamt abnormals beunruhigende Meldungen kamen, wurde der LBH nochmals zur Einziehung der Waffen aus Fürstenfeld telegraphisch angewiesen /Telegramm, Art. Nr. 202/I des St. A. f. H. vom 15. Juli/.

Auf diese telegr. Meldung ersucht der LBH die LBH und den U.S.A. nochmals dringendst, die Sache endlich mit dem Staatsamt zu bereinigen. /Präs. 2768/AO vom 16. Juli des LBH./

Mittlerweile waren am 13. Juli Gerüchte von beabsichtigten Änderungen des Waffendepots Fürstenfeld aufgeflattert, die den Bürgermeister von Fürstenfeld Herrn Reichsberger veranlassten, im Einvernehmen mit

000008

17



dem Verwalter des Depots /Hptm. Brunner und dem Gend. Reviereinspektor /Planoschitz/ vom Stadtant aus für eine bessere Bewachung zu sorgen, wozu 20 Gewehre aus dem Depot zur fallweisen Bewaffnung von Posten ausgefolgt wurden.-

Details des Ueberfalles
am 30. Juli früh.

Am 30. Juli früh geschah der Ueberfall.-

Die folgenden Daten sind das Ergebnis der Erhebungen der militärischen Kommission an Ort und Stelle und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Die Bewohnung des Zeughauses bestand am Tage des Ueberfalles aus dem im Hause wohnenden Gendarmen, dann 2 Posten der Stadtwache, die eben im Weggehen waren und überwältigt wurden.-

Das Bild, das man sich über den Ueberfall aus den verschiedenen Aussagen derzeit machen kann, est etwa folgendes: Ein gewisser Grenzverkehr /Verkauf von Lebensmitteln, Tauschhandel/ bestand immer, fiel nicht auf, wenn er auch fallweise lebhafter wurde.-

Auf der Brücke standen 2 Gendarmen im Grenzdienste. Diese wurden zuerst überwältigt, gefesselt, ihnen die Augen verbunden, dann zu ihrer Hütte geführt und dort unter Bewachung von 6 Leuten belassen.-

Die folgenden bewaffneten Männern teilten sich in Gruppen, die planmässig folgende Sicherung übernahmen:

- a. Tabakfabrik / etwa wegen einer Arbeiterwehr?/
- b. Brücke und Eisenbahn.
- c. Ortssicherung u. zw. Gend. Posten und Expositur, Absperren der Gassen, Bewachen der Häuser,
- d. Ein kleines Auto mit MG und 2 grosse Kraftwagen mit Anhängewagen führen gleich zum Zeughaus, wo eingedrungen wurde und das Ausräumen und Verladen der Waffen begann. Der dortige Gendarm wurde schwer misshandelt, um von ihm das Geständnis zu erpressen, wo die fehlenden Bestandteile, /Abzugklinken/ der MG seien, was er aber nicht wusste.-



000009

18

Mitgenommen wurden 21 MG mit 30 grossen Patronen
gurten a 7500 Patronen / 20 MG wurden befehlenermassen
ohne Klinken aufbewahrt, sind daher nicht gleich
verwendbar, - 1936 Gewehre, 2336 Leibriemen, 450 Patro-
nentaschen / nur lederne/.

Von den Beständen blieb das zurück, was die Autos
nicht mitnehmen konnten d.s. / za 800 Gewehre, bei de-
nen die Verschlüsse getrennt deponiert waren / der
Grossteil der Munition etc. Ein Bauer, der mit seinem
Wagen zum Transport gezwungen werden sollte, verwei-
gerte dies.-

Soviel angegeben wird, waren die Mehrzahl der Leu-
te bäuerlich gekleidet, einige anscheinend ung. Führer
in Sportdress und mehr städtisch gekleidet, einer in
auffallend weissem Anzug. Die Leute sprachen teils
deutsch teils ungarisch.-

Ein Einwohner will einen ungarischen Stabsfeldwe-
bel in Zivil erkannt haben, ein Friseur vermutet bei
einigen wegen ihrer korrekt deutschen Aussprache Of-
fiziere, ein Schuhmacherlehrling erinnert sich, den
weiss gekleideten Mann vor Tagen im Gespräch mit ei-
nem ehem. Volkwehrhauptmann /Bardorfer/ gesehen zu
haben u.s.w.

Bis auf einzelne Misshandlungen benehmen sich die
Leute diszipliniert.-

Verschiedene Angaben führen zum Schluss, dass die
Unternehmung von langer Hand vorbereitet und über-
legt war und ein ehemaliger Volkwehrhauptmann und
früherer Kmdt. der Grenzschutzkomp. Fürstenfeld, namens
Bardorfer mit dem Überfall zusammenhängen muss /Hei-
matszuständig Talborgeth bei Villach, ehemals gedient
beim ungarischen IR.46 nicht nach DOe. heimatszustän-
dig, wurde aus dem Verbands der Wehrmacht entlassen/.
Auffallend war, dass er mit seiner Familie tags vor
dem Überfall nach Ungarn übersiedelt und der sie
führende Wagen trotz der sonst gegen Fuhrwerke beste-



henden strengen Sperre ohneweiters durchgelassen wurde. Er soll zufällig belauscht worden sein, als er den erwähnten, weiss gekleideten Mann, einen Ungarn, frag "wann sie den endlich kommen würden".

Seither wird die Grenzsperrre durch die Ungarnstränge gehandhabt.-

Detailberichte werden von dem milit. Kommission Obstlt. Fischer der HVSt./u. Auditor/ folgen.-

Auch der Cond. Oberinspektor Diebel von Mehring war zwecks Aufnahme des Tatbestandes in Fürstenfeld.

Neue Wehrmacht.

Der tatsächliche Stand der neuen Wehrmacht betrug am 31. Juli 1918 Offiziere, 99. Unteroffiziere und 1146 Wehrmännern in den verschiedenen Garnisonsorten des Landes.-

Die im Nach- und Bereitschaftsdienst gebundenen Leute, weiters jene in Kanzleien, befindlichen Telefonisten, Professionisten, die beurlaubten und kranken Leute, sowie die auf Assistenz in Fürstenfeld, Spielfeld, Hartberg, Rohrbach abkommandierten Leute abgerechnet, gibt von der gesamten Wehrmacht Steiermarks als verfügbar 54 Offiziere, 28 Unteroffiziere 186 Wehrmänner, von denen ein Teil ältere Leute sind /Graz/, ein weiterer minder oder gar nicht ausgebildet-

Heimatwehren.-

Nach dem Statut der Heimatwehren hätte diese in Sicherungsdienste mitzuwirken.

Den Vorbereitungen des Heimatwehreferates des k.u. K. zufolge hätten die politischen Bezirke:

Hartberg	1893 Mann	, 17	1686 Gew.
Rohrbach	1618 "		837 "



Die Heimatwehr trat in keiner Hinsicht in Erscheinung und wird nirgends erwähnt, was nach der Organisation derselben und nach der Natur des Ueberalles selbstverständlich war.-

Stadtyehr.

Ebensowenig konnten die, nur gegen Einbrüche einzelner Personen schützenden Posten der improvisierten Stadtwehr während des Ueberfalles irgend eine Rolle spielen.-

Wien, am 3. August 1920.

~~/ [unintelligible] /~~



000012